

»Politische Einstellungen der Jugendlichen in Deutschland und in Frankreich«

»Les attitudes politiques des jeunes en France et en Allemagne«

Dr. Ursula Hoffmann-Lange, Deutsches Bundesjugendinstitut,
München

Meine Ausführungen werden sich sehr eng an die meiner Vorrednerin anlehnen, aus dem einfachen Grunde, weil wir es bei den politischen Einstellungen der Jugendlichen und ihren Entwicklungen natürlich mit Prozessen zu tun haben, die in sehr ähnlicher Form in allen hochindustrialisierten Demokratien ablaufen.

Ich werde dabei auf die spezifische Situation in Deutschland eingehen. Dies bringt es mit sich, daß ich meinen Vortrag in drei Teile aufgliedern werde, denn die vier Jahrzehnte währende getrennte politische Entwicklung der beiden Teile Deutschlands bedingt, daß auch nach Vollzug der Vereinigung die politischen Kulturen der beiden Teile Deutschlands immer noch getrennt betrachtet werden müssen. Dies ist notwendig, um den Prozeß des gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenwachsens nachvollziehen zu können, der mit der politischen Vereinigung natürlich nicht automatisch abgeschlossen war, sondern mit Sicherheit noch geraume Zeit benötigen wird. Hierzu vielleicht ein kleines Aperçu am Rande: Die Euro-Barometer haben sich entschlossen, Ost- und West-Deutschland solange getrennt auszuweisen und zu untersuchen, bis diese Kulturen zusammengewachsen sind. Diese Erkenntnis ist also durchaus nicht neu.

Bedingt durch die andersartigen politischen Bedingungen in der ehemaligen DDR liegt für den östlichen Teil Deutschlands ein weit weniger umfassendes Datenmaterial über die politischen Einstellungen Jugendlicher vor als für die alte Bundesrepublik. Ich werde deshalb zunächst auf Einstellungstrends in der alten Bundesrepublik eingehen, um in einem zweiten Schritt dann zu versuchen – auf der Basis der nunmehr verfügbaren gesamtdeutschen Untersuchungen – Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen herauszuarbeiten.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf die aktuelle Situation im Hinblick auf

die gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber Ausländern eingehen. Ich werde versuchen, hier einige Fragen aufzuwerfen und nach möglichen Antworten suchen. Dabei gibt es neben der Ursachenerforschung auch das Ausmaß der Entwicklung eines rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Potentials festzustellen.

Einstellungstrends in der alten Bundesrepublik: Die Auswirkungen des Wandels in der Sozialstruktur fortgeschrittener Industriegesellschaften.

In der Jugendsoziologie besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Verlängerung der Bildungswege und die Individualisierung der Lebensbedingungen in den postindustriellen Demokratien sowohl zur Herausbildung eigenständiger Jugendkulturen als auch zu einer stärkeren Betonung von Selbstverwirklichung – im Verhältnis zu Pflicht- und Akzeptanzwerten – geführt haben. In Verbindung mit der vielfach konstatierten Auflösung der traditionellen, sozio-kulturellen Milieus bedeutet dies, daß die Jugendlichen in diesen Gesellschaften weit weniger als früher in sozialstrukturell vorgegebene politische Loyalitäten hineinwachsen. Dadurch ist der Erwerb politischer Orientierungen sehr viel stärker durch individuelle Erfahrungen und Vorlieben beeinflusst, als das früher der Fall war.

Zunächst einige Bemerkungen zur politischen Aktivität und zum politischen Interesse. Mit der Studentenbewegung der 60er Jahre nahm in allen westlichen Demokratien die politische Aktivität vor allem junger Menschen sprunghaft zu. Dies äußerte sich in einer stärkeren Bereitschaft zur Beteiligung an direkten politischen Aktionen, wie Demonstrationen, Hausbesetzungen u.a., sowie in der Entstehung zahlreicher informeller politischer Gruppen, die zum Umfeld der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen gehören, also Umweltbewegung, Friedensbewegung usw.

Diese politische Mobilisierungswelle galt vielen Beobachtern als Anzeichen für eine »partizipatorische Revolution«, von der erwartet wurde, daß sie den demokratischen politischen Prozeß in diesen Demokratien grundlegend verändern würde. Die Zahlen über die Entwicklung des politischen Interesses in der jüngeren Generation stützen diese These von einer partizipatorischen Revolution allerdings nur bedingt. Sie deuten eher auf einen zunächst kräftigen, beinahe sprunghaften Anstieg des politischen Interesses in den 60er Jahren hin, der sich dann jedoch seit Mitte der 70er Jahre auf einem mittleren Niveau stabilisiert hat. Ganz generell ist Politik nach wie vor für die meisten Bürger ein eher peripherer Lebensbereich. Dies gilt für junge Menschen in ganz besonderem Maße. Alle verfügbaren Informationen über das politische Interesse und die politische Beteiligung bestätigen auch eine wesentlich geringere Einbindung jüngerer Menschen in das politische System. Während sich das politische Interesse also nicht im erwarteten Ausmaß erhöhte, hatte der viel

konstatierte Wertewandel im Hinblick auf andere Aspekte des politischen Verhaltens deutlichere Auswirkungen.

Beim Wahlverhalten, und darauf hat meine Vorrednerin ja schon hingewiesen, führte die Abnahme langfristiger Parteibindungen zu einer zunehmenden Orientierung an kurzfristigen Faktoren. D.h., daß die spezifischen Aspekte einer Wahl wichtiger geworden sind. Zu diesen gehören die aktuellen politischen Probleme, die Wahrnehmung der Kompetenz der Parteien und Kandidaten, bis hin zur wahrgenommenen politischen Bedeutung des Wahlausgangs. Die geringere politische Einbindung jüngerer Menschen und die zunehmende Orientierung an kurzfristigen politischen Faktoren bringen es einmal mit sich, daß das Wahlverhalten in der jüngeren Generation von Wahl zu Wahl stärker schwankt als das der älteren Kohorten, und daß die Jungwähler zum anderen auch eher geneigt sind, mit ihrer Wahlstimme zu »experimentieren«, indem sie die Partei wechseln oder auch neue und noch nicht etablierte Parteien wählen.

Die zunehmende Orientierung an Sachfragen beinhaltet aber auch die Option, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen. Von daher muß der überproportionale Rückgang der Wahlbeteiligung in den jüngsten Altersgruppen im Zusammenhang mit dem zunehmend rational bestimmten Wahlverhalten gesehen werden und bedeutet nicht notwendigerweise eine dauerhafte Abkehr von der Politik.

Fast durchweg wird zudem beklagt, die Mitgliederzahlen Jugendlicher in politischen Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden seien in jüngster Zeit dramatisch zurückgegangen. Verlässliche Untersuchungen, die diese These vom Rückzug der Jugend aus den etablierten Organisationen belegen würden, stehen bislang allerdings noch aus. Solche Klagen reflektieren daher meines Erachtens vor allem die strukturellen Schwierigkeiten, die der politischen Mobilisierung jeder neuen Generation in eine kontinuierliche Organisationsmitarbeit entgegenstehen. Diese werden jedoch durch drei aktuelle Trends noch verstärkt: Der erste dieser Trends besteht in einer Abnahme des Vertrauens in die etablierten politischen Akteure. So ist das Vertrauen in politische Institutionen und Organisationen im Verlauf der letzten zwanzig Jahre deutlich abgesunken, insbesondere das Vertrauen in die politischen Parteien.

Der zweite Trend besteht darin, daß sich seit den 70er Jahren zahlreiche neue Organisationen, die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, herausgebildet haben, und daß diese mit den etablierten Organisationen um Mitglieder konkurrieren, was natürlich die Situation der etablierten Organisationen erschwert hat.

Der dritte Trend schließlich ist die Zunahme der Bereitschaft zu punktuellen politischen Aktivitäten, die jedoch nicht von einer entsprechenden Zunahme der Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit in Organisationen begleitet war. Es ist leicht, viele zu Demonstrationen zu bewegen, doch ist es nach wie vor

schwierig, viele zur dauerhaften Mitarbeit zu bewegen. Dieses stellt sowohl die etablierten als auch die neuen Organisationen – auch diese sind davon nicht verschont – vor neuartige Organisationsprobleme. Während die kontinuierliche Organisationsarbeit, ebenso wie früher, von einem kleinen Stamm von Personen bewältigt werden muß, fluktuieren die Teilnehmerzahlen an einzelnen Aktionen, je nach Art der Aktionen, beträchtlich.

Vielleicht sollte ich zum Abschluß aber sagen, daß unabhängig von diesen Trends die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie bei den Bürgern der alten Bundesrepublik, unabhängig vom Alter, relativ hoch ist. Das geringe Ansehen der politischen Parteien hatte also, zumindest bislang, keine Auswirkungen auf die Unterstützung der Demokratie als Regierungsform, d.h. die verbreitete Skepsis führte bislang nicht zu einem Legitimationsdefizit der Demokratie.

Ähnlichkeiten und Unterschiede in den politischen Orientierungen ost- und westdeutscher Jugendlicher

Die Vergleichsuntersuchungen, die es bislang gibt, haben durchweg erstaunliche Ähnlichkeiten in den persönlichen wie auch den gesellschaftlichen Zielvorstellungen – auch im Demokratieverständnis – gezeigt. Die dennoch vorzufindenden Unterschiede lassen sich einmal auf die im Osten noch traditionelleren gesellschaftlichen Strukturen zurückführen. Diese schlagen sich in einer etwas schwächeren Befürwortung von Werten der individuellen Selbstverwirklichung, einer größeren Wertschätzung materieller Güter, einer etwas stärker ausgeprägten nationalen Identität und gleichzeitig etwas größeren Vorurteilen gegenüber Ausländern nieder.

Daneben zeigen sich jedoch auch spürbare Auswirkungen der andersartigen politischen Bedingungen im Realsozialismus. Diese manifestieren sich in einer stärkeren Betonung sozialer Gleichheitsrechte und höheren Ansprüchen an sozial-staatliche Leistungen. Für die Zeit nach der deutschen Vereinigung liegen bislang noch keine nach Altersgruppen aufgeschlüsselten Vergleichsanalysen für die Zufriedenheit mit der Demokratie bei den Bürgern in den neuen und alten Bundesländern vor. Die Daten für die Gesamtbevölkerung zeigen jedoch eine im Vergleich zur alten Bundesrepublik durchweg größere politische Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern, und eine Schülerbefragung, die wir in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig bereits im Sommer 1990 durchgeführt haben, ergab auch damals schon, daß die Unzufriedenheit auch unter den Jugendlichen im Osten deutlich größer war als die ihrer Altersgenossen im Westen. Diese Unzufriedenheit bezieht sich

sowohl auf die wirtschaftliche Lage und bestimmte politische Institutionen, wie z.B. die Treuhandanstalt, als auch auf die Demokratie insgesamt. Auch die Demokratiezufriedenheit ist also geringer. Inwieweit sich hieraus ein dauerhaftes Legitimationsdefizit entwickeln wird, hängt sicher nicht zuletzt von der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland ab. Auf jeden Fall zeigen neuere Umfragenergebnisse, daß die politische Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern im Moment eher noch im Steigen begriffen ist.

Ein neuer Trend zum Rechtsextremismus in der deutschen Jugend?

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den jüngsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland. Diese Ausschreitungen, sowie die Erfolge extrem rechter Parteien bei den jüngsten Landtagswahlen haben dazu geführt, daß im In- und Ausland die Frage wieder aktuell geworden ist, ob es in Deutschland einen neuen Trend zum Rechtsextremismus gibt. Und diese Frage ist natürlich in Deutschland aus historischen Gründen sehr viel wichtiger als für andere europäische Nationen, in denen es ja ähnlich Vorkommnisse durchaus auch gibt.

Die Ergebnisse für die alte Bundesrepublik zeigen nun paradoxerweise, daß die zentralen Komponenten rechtsextremer politischer Orientierungen in den letzten 40 Jahren – insbesondere in der westdeutschen Jugend – eher abgenommen haben. Einmal bewirkte im Hinblick auf nationalistische Orientierungen der Schock der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die sich daran anschließende Diskussion um die Kriegsschuld der Deutschen, daß nationalistische Einstellungen sehr stark zurückgingen. Sogar der Nationalstolz der Westdeutschen blieb im internationalen Vergleich sehr viel geringer als in den übrigen Demokratien, mit Ausnahme Japans. D.h. das nationalistische Einstellungspotential ist in den westlichen Bundesländern relativ gering im internationalen Vergleich.

Auch im Hinblick auf autoritäre Einstellungen, die zweite Komponente rechter Orientierungen, gab es in den vergangenen 45 Jahren in der alten Bundesrepublik einen bemerkenswerten Rückgang. Dies ist einerseits auf die systematischen Bemühungen um eine Erziehung der Jugend zur Demokratie und Toleranz, andererseits aber auch auf den Wertewandel zurückzuführen, der neben der stärkeren Betonung von Selbstverwirklichung auch zu einer stärkeren Betonung von Liberalität und Toleranz geführt hat. Allerdings darf man bei einer solch globalen Betrachtung nicht vergessen, daß dennoch eine relativ starke Minderheit rechte politische Einstellungen aufweist, auch in der Jugend. Dies gilt insbesondere für die Zustimmung zu schwächeren Ausprägungen von nationalistischen und autoritären Einstellungen, während die Unterstützung für

neonazistische Parolen oder gar rechtsextreme Gewalt sich auf sehr kleine Randgruppen beschränkt.

Bei der Erklärung der Wahlerfolge rechter Parteien ist ferner zu berücksichtigen, daß Einstellungspotentiale und Wahlverhalten unabhängig voneinander variieren können. Aus den Wahlerfolgen rechter Parteien kann man also nicht automatisch auch auf eine Zunahme des rechten Einstellungspotentials schließen und umgekehrt. Dies gilt schon deshalb, weil auch spektakuläre Erfolge rechter Parteien sich in der Regel in einer Größenordnung von lediglich etwa zehn Prozent bewegen.

Die Umfrageergebnisse zeigen zudem, daß für die Wahlerfolge der Rechtsparteien in erster Linie ein einziger Problemkomplex ausschlaggebend ist, nämlich die Ausländerfrage, also die Frage des Zuzugs von Ausländern nach Deutschland. Da ausländerfeindliche Einstellungen wiederum relativ weit verbreitet sind, bietet dieses Thema daher den rechten Parteien Zugangsmöglichkeiten zu einem Wählerreservoir, das weit über den Personenkreis mit genuin rechten Einstellungen hinausgeht. Zahlreiche Umfragen belegen nun, daß in den neuen Bundesländern sowohl autoritäre Einstellungen als auch Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit etwas weiter verbreitet sind als im Westen. Von daher sind im Osten also auch die Mobilisierungschancen von rechten Parteien etwas größer, zumal ihnen hier zunächst meist nur schwache Bindungen an andere Parteien entgegenstehen.

Ein prominenter Erklärungsansatz für die Entwicklung rechter bzw. rechtsextremer Einstellungen ist die These von den Modernisierungsoffern. Diese besagt, daß Personen, die persönlich von wirtschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen sind, eine überdurchschnittliche Neigung zur Wahl rechter Parteien aufweisen. Ein zweiter Erklärungsansatz, der sich speziell auf Jugendliche bezieht, sieht die Ursachen für rechte oder rechtsextreme Neigungen eher in Orientierungsproblemen, von denen angesichts der gesellschaftlichen Individualisierung und der Erosion traditioneller Bindungen insbesondere junge Menschen betroffen sind.

Während es nun auf gesamtgesellschaftlicher Ebene tatsächlich deutliche Belege für die These vom Beitrag wirtschaftliche Probleme zum Anstieg von rechtem Protest und Wahlverhalten gibt, zeigen Umfrageergebnisse regelmäßig, daß die persönliche wirtschaftliche Lage auf der individuellen Ebene nicht mit rechten Einstellungen zusammenhängt und kaum Einfluß auf die Wahlentscheidung des einzelnen Wählers hat. Dies liegt daran, daß bei der Herausbildung individueller Einstellungen neben der persönlichen wirtschaftlichen Lage noch eine Vielzahl weiterer Faktoren eine Rolle spielt. Ähnliches gilt für die These von der persönlichen Orientierungslosigkeit als Nährboden für rechtsextreme Orientierungen. So plausibel diese These scheinen mag, um die größere Ver-

breitung autoritärer und nationalistischer Einstellungen insbesondere bei den Jugendlichen der neuen Bundesländern, zu erklären, so findet sie jedoch wenig Bestätigung in den Umfragedaten. Aus der Tatsache, daß persönliche Not oder persönliche Probleme keine bedeutsamen Erklärungsfaktoren sind, kann man jedoch nicht schließen, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Übergangsprobleme nichts zur Entwicklung von Nationalismus bzw. Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern beitragen. Dieser Beitrag muß jedoch primär auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene gesehen werden. Der politische und gesellschaftliche Umbruch hat zu einer starken Beeinträchtigung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Sicherheit in den neuen Bundesländern geführt. Dies vermindert die Akzeptanz staatlichen Handelns und begünstigt die Verbreitung extrem rechter Einstellungen, auch wenn man daraus noch nicht vorhersagen kann, welche Personen sich dann rechte Einstellungen zu eigen machen.

Eine weitere Erklärung ist meines Erachtens darin zu suchen, daß der Prozeß der Vereinigung Deutschlands bei den DDR-Bürgern und auch bei den DDR-Jugendlichen, wie wir aus unserer Umfrage wissen, durch eine starke Identifikation mit Gesamtdeutschland abgestützt wurde. Diese war ebenso wie der Nationalstolz bereits im Vorfeld der deutschen Vereinigung in den neuen Bundesländern erheblich stärker verbreitet als die Identifikation mit der ehemaligen DDR. In der alten Bundesrepublik war eine solche Abstützung des Vereinigungsprozesses über eine nationale Identifikation dagegen nicht in diesem Ausmaß erforderlich, da die Vereinigung Deutschlands hier nicht mit einem tiefgreifenden Wandel der Lebensbedingungen einherging.

Da die Grenzen zwischen Nationalgefühl und Nationalstolz einerseits sowie Nationalismus andererseits jedoch fließend sind, wurden durch diese Betonung nationaler Symbolik im Zuge der deutschen Vereinigung meines Erachtens zwangsläufig auch nationalistische Einstellungen gefördert. Dies verstärkt somit noch einen Trend, der durch die in den neuen Bundesländern herrschenden wirtschaftlichen Probleme ohnehin schon begünstigt wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.